

## NEIN! zum neuen Polizeigesetz NRW

Unter diesem Namen hat sich eine breite NRW-weite Aktionseinheit von ca. 250 Organisationen und Einzelperson gebildet - darunter: SOLINGEN AKTIV.

Wir rufen auf zur Teilnahme an der NRW-weiten Demonstration dagegen am 7. Juli, 13 Uhr in Düsseldorf, Friedrich-Ebert-Straße 34-38  
Treffpunkt Solingen: 12 Uhr Hbf., Abfahrt 12.13 Uhr mit der S 1

Info: [www.no-polizeigesetz-nrw.de](http://www.no-polizeigesetz-nrw.de)  
Facebook.com/NoPolG NRW; #NoPolG NRW

## TERMINE, TERMINE...

### Cartooning for Peace - Neunte Kunst

Ausstellung im „Zentrum für verfolgte Künste“ vom 24. Juni bis 16. September mit beeindruckenden Karikaturen und Comics zu den Krisenherden dieser Welt: Flüchtlinge, Menschenrechte, Umwelt, Trump...

### Jahresausflug von SOLINGEN AKTIV

ins Sauerland zur Hochheidehütte oberhalb von Niedersfeld/Winterberg  
Sonntag, der 16. September, Abfahrt 10 Uhr



## JETZT MITGLIED WERDEN

Nazifrei      Zusammenschluss  
Unabhängig    Offen      Sprachrohr  
100 % ehrenamtlich      Miteinander  
Solidarisch    Montagsaktion  
Initiative      Stadtrat  
Antifaschistisch    Aktiv      Opposition  
Wohnortnahe Energie      Keine Parteibindung  
Arbeitsplätze      Auf Augenhöhe  
Sachorientiert    ÖPNV zum Nulltarif  
Gleichberechtigung  
Vor Ort      Interessen der Jugend

Wir sind:

Überparteilich.  
Unbestechlich.  
International.

Im Netz:

[www.solingen-aktiv.de](http://www.solingen-aktiv.de)



Wir finanzieren unsere Arbeit ausschließlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Spenden an:  
IBAN: DE 97 3425 0000 0005 4713 13

Büro von SOLINGEN AKTIV  
Klemens-Horn-Str. 3, 42651 Solingen  
Tel.: 0212 - 22 46 366  
Bürozeiten:  
Mittwochs 10 Uhr - 16 Uhr oder nach Absprache

Mail: [solingen-aktiv@gmx.de](mailto:solingen-aktiv@gmx.de)

# Mehr preiswerte Wohnungen für Solingen!

Juni 2018



## Solingen braucht mehr bezahlbaren Wohnraum

Wer in den letzten Monaten als Normal- oder Geringverdiener in Solingen eine Wohnung suchte, brauchte dafür oft Monate. Zig Bewerber kamen oft auf eine Wohnung. Schlechteste Chancen hatten Geringverdiener, Junge, BewerberInnen in unstabilen sozialen Lagen. Insbesondere Empfänger von Sozialleistungen taten sich schwer, eine Wohnung zu bekommen, die vom Jobcenter oder Sozialamt voll bezahlt wird. Die bezahlten 348,50 Euro als Brutto-Kaltmiete etwa für einen Ein-Personen-Haushalt reichen meist nicht aus. Ca. 1000 Bedarfsgemeinschaften in Solingen müssen von ihrem mageren Existenzminimum die teurere Miete draufzahlen. Sie haben dadurch weniger als das Existenzminimum zur Verfügung.

„Solingen ist... im Bereich Mietwohnraum in der Bedarfsstufe 'überdurchschnittlich' eingeordnet.“ So heißt es in einer städtischen Vorlage zur Wohnraumförderung vom 22.2.2018. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung fehlen in Solingen 6512 bezahlbare Wohnungen, davon 4550 für Menschen mit einem Einkommen unter 60 % des Durchschnitts.

Durch die völlig überbordende Debatte um die Flüchtlinge wird zum Teil der Eindruck erweckt, als ob diese den Deutschen Wohnungen wegnehmen. Thomas Specht, Geschäftsführer der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. stellt das erfreulich klar: Die Konkurrenzsituation auf dem Wohnungsmarkt habe sich durch die Zuwanderung zwar deutlich verschärft. „Aber die wesentlichen Ursachen für die Wohnungslosigkeit liegen in einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik.“ So sei das Angebot an bezahlbarem Wohnraum unzureichend. Vor allem, weil der Sozialwohnungsbestand seit 1990 um 60 Prozent auf 1,2 Millionen geschrumpft sei. Bund, Länder und Kommunen hätten zudem einen Großteil eigener Bestände an private Investoren verkauft, „und damit Reserven an bezahlbarem

Wohnraum aus der Hand gegeben“. Darüber hinaus fehlten mindestens elf Millionen Ein- bis Zweizimmerwohnungen, so Specht. (Solinger Morgenpost 15.1.2017). Wohnungen werden heute nicht mehr zum Wohnen gebaut, sondern als Ware allein zur Profitvermehrung. Einige große Konzerne haben sich den Wohnungsmarkt unter den Nagel gerissen. So auch die LEG mit rund 130 000 Mietwohnungen und zirka 350 000 Bewohnern - 2008 von der CDU-FDP-Landesregierung an eine „Heuschrecke“ von Goldman-Sachs verkauft. Sie besitzt in Solingen weit über 1000 Wohnungen.

27.000 Wohnungen stehen bundesweit leer - oft aus rein spekulativen Gründen und als Abschreibungsobjekte. Die Zeche für diese Perversion müssen die Mieter bezahlen. Durch den verkappten Wohnungsmarkt steigen die Mieten. Verstärkt wird das durch die vom Stadtrat beschlossene Erhöhung der Grundsteuer B, die auf die Nebenkosten abgewälzt wird. Wegen hoher Mieten und Nebenkosten rutschen zunehmend Geringverdiener unter das Hartz-IV-Niveau.

### Was tun?

Auf Initiative der SPD beschloss die Bundesregierung eine **Mietpreisbremse**. Schon mit dem Begriff wird kapitalkräftigen Wohnungsbesitzern das automatische Recht eingeräumt, Mieten zu erhöhen - nur eben etwas gebremst. Eine reale Wirkung hat das bisher nicht. Es ist eine Mogelpackung. Im vorletzten Stadtrat am 17. Mai rühmte Frau Preuß-Buchholz als SPD-Fraktionsvorsitzende die Wohnungsbaupolitik der Stadt: Die Stadt Solingen hätte in den neunziger Jahren ihre letzten öffentlichen Wohnungen an **private Wohnungsfirmen** und Genossenschaften verkauft. Die könnten besser wirtschaften. Sie unterschlug damit, dass private Wohnungsbaugesellschaften unter „besser wirtschaften“ verstehen, mehr Geld aus den Wohnungen rauszupressen.

So schrieb ein Mieter der LEG-Wohnungen:

„Man kümmert sich einfach um nix. Die Wohnungen sind zum Teil verschimmelt. Heizungen funktionieren jedes Jahr nicht obwohl man sie jedes

Jahr wieder in Stand setzt. Mieterhöhung und absolut überzogene Betriebskostenabrechnung (wo mal nebenbei angemerkt auch Heizkosten für 12 Monate drauf stehen die es allerdings nie gab wie auch ohne Heizung) Das war definitiv das letzte mal für mich. Wir haben jetzt gekündigt einen Anwalt eingeschaltet und die Miete eingestellt. NIE WIEDER LEG“.

Das jetzt von der Bundesregierung beschlossenen **Baukindergeld** unterstützt nur diejenigen, die eh schon genug Kapital haben, sich ein Eigenheim zu leisten.

Zweifellos hat die Stadtverwaltung in den letzten Jahren einige Anstrengungen unternommen, um den öffentlich geförderten Wohnungsbau voranzubringen. Allerdings sind die insgesamt 353 öffentlich geförderten Wohneinheiten zwischen dem Jahr 2013 und 2017 nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der reale Bedarf kann dadurch niemals gedeckt werden. Darum unterstützt Solingen Aktiv in der Wohnungspolitik folgende Forderungen - die teilweise auch von den Grünen und den Linken vertreten werden:

- Einstieg in den kommunalen sozialen Wohnungsbau durch die Stadt - statt weiterer Privatisierung des Wohnungsbaus, teilweise sogar mit öffentlicher Förderung.
  - Planmäßiger Neubau preiswerter und auch ökologisch vertretbarer Wohnungen.
  - Erarbeitung einer Wohnraumschutzsatzung, um die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern (was im Stadtrat mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bisher abgelehnt wurde).
  - Deutliche kostendeckende Erhöhung der Mietobergrenzen für Hartz-IV-Empfänger.
- Dazu müssen betroffene Mieter und Wohnungssuchende selbst aktiv werden. In SOLINGEN AKTIV habe sie dafür einen verlässlichen Verbündeten.